

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmöndlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in- und ausländischen Vertriebe monatlich 1.50 Mk. ; Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reichenberg Zweigl. Wildb. ; Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. ; Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. ; Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunftsstellung werden jeweils 70 Pfg. mehr berechnet. ; Schluß der Anzeigenannahme tägl. 8 Uhr vorm. ; In Konfursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagsgewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptredaktion Theodor Gäd. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Nummer 143

Februar 179

Wildbad, Dienstag, den 23. Juni 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Einladung zum Völkerbund

Neben Entwaffnungsnote und Sicherheitspakt quält uns Deutsche heute eine dritte peinliche Frage: Sollen wir in den Völkerbund eintreten oder nicht? Italien will's haben, England ebenfalls und sogar Frankreich, das früher sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hat, neben dem Boche auf derselben Friedensbank, womöglich als ebenbürtiges und gleichberechtigtes Bundesmitglied zu sitzen.

In diesem Augenblick ist es höchst verdienstlich von den Süddeutschen Monatsheften, daß sie die soeben erschienene Juni-Nummer dem Völkerbund gewidmet haben.

Da lesen wir einen bedeutenden Abschnitt. Er stammt aus der Feder des Schweizer Dr. Ernst Sauerbeck in Schaffhausen und ist überschrieben: „Deutschland und der Völkerbund. Kritische Betrachtungen eines Nichtdeutschen.“ Wohl ist derselbe schon vor dem deutschen (Stressemannschen) Vorschlag, auf den letzten Dienstag die französische Antwort eingelaufen ist, geschrieben, aber deswegen in seinem zutreffenden Urteil durchaus nicht überholt, sondern heute noch von jedem deutschen Völkerbundsmitglied für Tag für Tag zu beachten, und vielleicht kommt er dann zu einer anderen Auffassung.

Sauerbeck, allerdings ein warmer Deutschenfreund, schreibt als Endergebnis: Deutschland kann nur Mitglied des Völkerbundes werden in der Ablicht einer gründlichen Revision des Vertrags von Versailles und seiner Parellelverträge. Alles andere wäre Wahnsinn oder Heuchelei. Deutschland hat gegen sein Gewissen seine Unterschrift unter den Versailler Vertrag gesetzt; damals stand es unter Zwang, und das ist seine Entschuldigung. Diesmal steht Deutschland nicht mehr unter Zwang. Es kann wählen und muß es! Und diese Wahl wird sein Geschick bestimmen.

„Nicht mehr unter Zwang“? Dazu machen wir billigerweise ein Fragezeichen. Alle Verträge und „Abkommen“, oder wie man die Auflagen heißen mag, die seit dem unglückseligen schwärzesten Tage der deutschen Geschichte, seit dem 28. Juni 1919, uns gemacht wurden, sind uns mehr oder weniger „dittiert“ worden. Selbst das Londoner Abkommen vom 29. August 1924, wo wir angeblich erstmals als „gleichberechtigter Partner“ aufgetreten sein sollen, selbst dieses Damesgutachten haben wir nur unter der notgedrungenen Voraussetzung angenommen, man würde die Ruhr und später die Kölner Zone räumen und den vertragmäßigen Zustand am Rheine wiederherstellen — um welche Erwartung wir bekanntlich abermals geprellt wurden. Also „Zwang“ und immer wieder „Zwang“, und bei uns „Verzweiflung“ und immer wieder „Verzweiflung“, die uns die Feder in die „verdorrte“ Hand drückte.

Diesmal — und da hat Sauerbeck recht — ist die Sachlage wesentlich anders. Wenn wir auch uns immer noch in einer gewissen Zwangslage befinden — und wenn es nur die Rücksichtnahme auf England wäre — zwingen kann uns niemand in den Völkerbund hinein. Wir können demselben ebenso fern bleiben als Amerika und Rußland und da befinden wir uns, wenigstens was Amerika betrifft, in gar keiner schlechten Gesellschaft.

Und wir haben Duhende von Gründen, die gegen den Eintritt sprechen: jene „Einstimmigkeitsklausel“, mit deren Hilfe Frankreich jeden Beschluß zu unseren Gunsten sabotieren kann und wird, die einseitige Handhabung der Abrüstung, von der Frankreich und seine Ost-Verfallenen für sich nicht den mindesten Gebrauch zu machen sich anschickt, die Verpflichtung für Deutschland, daß es dann die Kriegsschuldfrage, die Kolonialfrage, die schauerhaften Reparationsverpflichtungen, die unnatürlichen Grenzen und noch vieles andere, das im Versailler Diktat steht, aus freien Stücken für Zeit und Ewigkeit anerkennen mußte. Das alles und noch mehr mühten wir, selbst wenn man uns einen Ratssch einräumen wollte, de- und wehmütig in den Kauf nehmen. Nein, tausendmal ein! Das wäre einfach „Wahnsinn oder Heuchelei“.

Sauerbeck weiß aber noch einen besonderen, recht beachtenswerten Grund. Artikel 19, „die Stütze der Völkerbundsvereine“ besagt nämlich:

„Die Völkerbundsversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Zustände auflordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.“

Also doch! So hat selbst der Versailler Vertrag, zu dem ja die Völkerbundsvereinbarung als unlöslicher Teil gehört, einen Rotausgang für uns angebracht. Aber — Artikel 10 mauert ihn sofort wieder zu. Derselbe besagt wörtlich:

„Die Mitgliedstaaten des Bundes verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren.“

Das ist für Briand der springende Punkt des ganzen

Tagespiegel

Der österreichische Gesandte Dr. Riedl ist vom Reichspräsidenten zum Abschiedsbesuch empfangen worden.

Die Aussperrenungen in der deutschen Holzindustrie sind jetzt vorläufig abgeschlossen worden. Insgesamt beträgt die Zahl der Aussperreten im Reiche 100 000 Mann. Das Reichsarbeitsministerium hat auf Mittwoch Einigungsverhandlungen anberaumt.

Der Regierungsausschuss des Saargebiets hat gegen das Urteil der hiesigen Strafkammer, die in zweiter Instanz das Verbot des Regierungsausschusses betr. Flaggen in schwarz-weißen Farben für ungültig erklärte, Berufung beim obersten Gerichtshof des Saargebiets in Saarbrücken eingelegt.

Der Schweizerische Bundesrat hat die Volksabstimmung über die Vorlage, betreffend die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung auf den 6. September festgesetzt.

Der Kanton Graubünden nahm bei einer Volksabstimmung eine Vorlage an, der die Zulassung des Kraftwagenverkehrs in dem Kanton vorkieft.

Der russische Botschafter war in den letzten Tagen mehrfach im Auswärtigen Amt in Berlin. Aus Moskauer Meldungen läßt sich ebenfalls der Eindruck gewinnen, daß Sowjetrußland auf die Verhandlungen Deutschlands über den Sicherheitsvertrag Einfluß zu gewinnen sucht.

Verfallener Diktates, der Herzpunkt der Völkerbundsvereinbarung, und dieser Artikel muß fallen. Im andern Falle bleiben wir lieber vom Völkerbund weg! — W. H.

Rheinland-Jahrtausendfeiern

In Stuttgart veranstaltete die akademische Jugend im Festsaal des Hauses des Deutschtums am Sonntag eine Rheinland-Jahrtausendfeier, bei der Reichstagsabgeordneter Dr. Ellenbeck die Festrede hielt. Abends fand die altertümliche Sonnwendfeier der Stuttgarter Studentenschaft auf dem Bismarkturm statt, wobei gleichfalls vaterländische Ansprachen gehalten wurden.

Die Münchener Jahrtausendfeier vereinigte am Samstag die offiziellen Kreise der Landeshauptstadt, die Ehrengäste und die rheinischen Verbände zu einem Festabend in den gesamten Räumen des Löwenbühnenbauers. Unter den Tausenden von Festgästen sah man u. a. auch den Ministerpräsidenten Heß sowie die Gesandten von Preußen, Württemberg, Sachsen und Baden. In dem Mittelpunkt der Feier stand ein Festspiel. — Die Universität München beging am Samstag ihr Stiftungsfest, verbunden mit der Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland. Prof. Dr. D n k e n legte in seiner Festrede die geschichtliche Entwicklung der Rheinlande dar.

Die Ehrengäste, die an der Jahrtausendfeier in Düsseldorf und Köln teilgenommen hatten, begaben sich in zwei Sondergruppen zur Jahrtausendfeier nach Koblenz. Der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs hielt die Begrüßungsansprache. Nach geschichtlichen Rückblicken und nach einem Hinweis auf die rheinischen Dichter schloß der Oberpräsident mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf „Unser preußisch-deutsches Vaterland“. Namens der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung sprach Minister Dr. Höpker-Aschoff. Bei dem Festessen, das die Stadt Koblenz ihren Gästen gab, ergriff Oberbürgermeister Dr. Rüssel das Wort, anschließend sprach Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Frenken, der seine Rede mit den Worten auslingen ließ: „Rhein und Reich, vereinigt auf ewig, mögen frei und glücklich werden durch die Eintracht und den Opfermut aller Deutschen.“ Nachmittags fand in der neuen Festhalle eine große vaterländische Kundgebung statt, bei der Oberbürgermeister Dr. Rüssel die Festrede hielt. Dann sprach Reichsarbeitsminister Dr. Braun. Das Wort Ernst Moritz Arndts, so schloß er, möge ewig wahr gemacht werden: „Der Rhein Deutschlands Strom, niemals Deutschlands Grenze.“

Die von der Universität und der Studentenschaft veranstaltete Jahrtausendfeier in Bonn wurde am Samstag unter Anwesenheit der Minister Dr. Becker, Steiger und Stegerwald begangen. Geh.-Rat Dr. Schulte hielt einen Vortrag über die rheinische Geschichte im vergangenen Jahrtausend. Aus Anlaß der Jahrtausendfeier wurde das akademische Ehrenbürgerrecht einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten verliehen.

Zur Jahrtausendfeier hat Reichspräsident v. Hindenburg der Stadt Saarbrücken folgendes Telegramm geschickt: Der zur Jahrtausendfeier versammelten Saarbevölkerung danke ich für ihr Treueergebnis. In treuem Gedenken sende ich ihr die besten Grüße. Reichspräsident von Hindenburg. Abends fand ein glänzend verlaufener Fackelzug statt, an dem sich wohl 100 000 Personen beteilig-

ten. Die ganze Stadt und vor allem der Winterberg, auf dem sich der Gedenturm zur Erinnerung an die Schlacht bei Spichern befindet, waren festlich beleuchtet.

Neue Nachrichten

Reichstagsverfugung Anfang Juli?

Berlin, 22. Juni. Die Zollvorlage ist noch nicht in den Händen der Reichstagsabgeordneten. Die erste Lesung wird daher wahrscheinlich erst am Mittwoch oder Donnerstag stattfinden. Im Zusammenhang mit der Erwägung, daß der Zolllarif bis Mitte Juni nun doch nicht fertiggestellt werden könne, plant man, den Reichstag von Anfang Juli zu vertagen und in der zweiten Hälfte des August wieder einzuberufen, um vor dem 1. September den Zolllarif fertigzustellen. Zur Zollvorlage liegen dem Reichstag mehr als 80 Abänderungsanträge vor. Ob die Opposition die Verhandlungen des Kanzlers und des Grafen Kanitz mit den Regierungsparteien ausreisen läßt, wird sich kaum heute schon zeigen. Am radikalsten sind wieder die Kommunisten, die in ihrem Parteiblatt Straßensundgebungen gegen die Zollvorlage ankündigen.

Zusammenkunft der Ministerpräsidenten

Berlin, 22. Juni. Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin zur Besprechung der außenpolitischen Lage wurde auf nächsten Samstag angelegt.

Der Reichskanzler an den Arbeitsausschuß Deutscher Verbände

Berlin, 22. Juni. Reichskanzler Dr. Luther hat anläßlich der Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände in Stuttgart an den Vorsitzenden Egg. Dr. Schnee folgendes Telegramm gerichtet: Am Erscheinen leider verhindert, sende ich herzliche Wünsche für erfolgreiche Weiterarbeit des Ausschusses Deutscher Verbände im Dienste der Wahrheit und damit zum Segen unseres Vaterlandes.

Gemeinsame Erledigung der Sicherheits- und Entwaffnungsnote

Berlin, 22. Juni. Die Reichsregierung setzte heute ihre Beratungen über die Sicherheitsnote fort. Die Einzelheiten sind bisher noch nicht zur Sprache gekommen. Ueber einen anscheinlichen Teil der französischen Bedingungen haben das Reichsjustizministerium und das Reichswehrministerium Gutachten abgegeben. Nachdem am Sonntag bereits Vertreter der besetzten Gebiete vom Reichskanzler empfangen wurden, werden am Dienstag die Vertreter der Industrie gehört werden. Demnach wird die Sicherheits- und Entwaffnungsnote vom Reichskabinett gemeinsam beraten und erledigt werden.

Der Kontrollbericht

Berlin, 22. Juni. Der Wortlaut des Berichtes des Militärkontrollausschusses liegt jetzt vor. Neues bringt er noch nicht. Seine in Einzelheiten gehende Ausführungen verstärken aber den Eindruck, daß es sich um ein aus allen Ecken und Winkeln zusammengefügtes Material handelt zu dem Zweck, den von vornherein gefaßten schwerwiegenden Beschluß, Köln nicht zu räumen, hinterher eingermäßen rechtfertigen zu können.

Ausbau des oberrheinischen Schifffahrtsweges

Waldshut, 22. Juni. Eine hier tagende Versammlung des Rheinischschiffahrtsweges Konstanz nahm einstimmig eine Entschließung an, wonach der baldige Ausbau des großen Schifffahrtsweges Straßburg—Basel—Bodensee als ganze gesamte Strecke für unerlässlich gehalten und die beteiligten Regierungen ersucht werden, die hierzu erforderlichen Mittel bereitzustellen. Sie erhebt Widerspruch gegen die Entscheidung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, soweit sie das Einverständnis mit dem linksrheinischen Seitenkanal Straßburg—Basel betrifft. Ferner erachtet es die Versammlung für dringend notwendig, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Ausführung des Schifffahrtsweges Straßburg—Basel die Interessen des badi-schen Oberlandes besonders zu beachten.

Das deutsch-polnische Handelsabkommen

Berlin, 22. Juni. Wie wir von unentrichteter Seite erfahren, hat die deutsche Regierung, als Polen sich außerstande erklärte, einen Handelsvertrag mit Deutschland zu schließen, den Vorschlag gemacht, ein vorläufiges Abkommen auf der Grundlage gegenseitiger zolltariflicher Restbegünstigung zu schließen und dabei ein Kohleneinfuhr-Kontingent für ostoberschlesische Kohle in Höhe von 60 000 Tonnen monatlich zu gewähren unter der Voraussetzung, daß während der Dauer des Vertragszustandes die Liquidation deutschen Eigentums in Polen nicht erfolge. Einen Gegen-vorschlag hat die deutsche Regierung hierauf nicht erhalten. Sie hat aber dessen ungeachtet, um die Verhandlungen zu



